

The original comment in the German weekly magazine "FOCUS"
(9 December 2017, p. 46-47)

DIE DEBATTE

Die europäische Staatsräson erzwingt eine Große Koalition

Die EU kann sich ein schwaches Deutschland schlicht nicht leisten. Das ist der entscheidende Grund für die Fortsetzung der schwarz-roten Regierung

Von Klemens Joos

Was verbindet die Themen Grexit, Brexit und Neuwahlen in Deutschland? Sie waren oder sind in aller Munde, doch sie werden nicht in die Tat umgesetzt werden. Die Begründung ist in allen drei Fällen dieselbe: Die komplexen negativen Folgewirkungen würden den zu erwartenden Nutzen übersteigen und wären darüber hinaus nicht beherrschbar. In solch komplexen Situationen ordnet sich die inhaltliche der prozessualen Logik unter. Zentrales Gegenargument gegen Grexit, Brexit und Neuwahlen ist die Sicherung der Stabilität EU-Eurogas. Sie erzwingt seit dem Vertrag von Lissabon den Verzicht auf mitgliedstaatliche Abstouren, wie vor allem die hellenische Krise in beeindruckender Weise gezeigt hat.

Im Sommer 2015 stimmten die Griechen in einem Referendum mit großer Mehrheit gegen das Rettungsprogramm der sogenannten Troika. Sie folgten damit der Empfehlung der Regierung von Ministerpräsident Tsipras. Derselbe Tsipras verkündete unter dem Eindruck der Beratungen innerhalb der Euro-Gruppe nur wenige Tage später ein neues Rettungspro-



Unternehmer im Weltakt
Der europäische Unternehmer und Lehrbeauftragte an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Klemens Joos (EUTOP-Berater), hat in der FOCUS-Ausgabe 46/2017 gegen den allgemeinen Trend aber zu Recht bereits vorhergesagt, dass die Fächtingpolitik der EU nicht zureichen, sondern stärker werde. Die Entwicklung dieses Jahres gab ihm Recht. Denn in Frankreich regiert nicht La Pen, sondern der überzeugte Europäer Macron. Und auch in Den Haag kam nicht Widders zum Zug, in diesem Garbetrug lag sich Klemens Joos fest: Er wird wieder einen Brexit noch Neuwahlen in Deutschland geben. Denn die europäische Staatsräson verhindert Abreise der EU-Mitgliedstaaten.

gramm, das nun aber doch weitgehend dem entspricht, was sein Volk getadelt abgelehnt hatte.

Ausgerechnet der linke griechische Regierungschef Tsipras setzte sich damit über den Volkswillen hinweg. Umgekehrt nahmen die Gläubiger den Bruch zahlreicher Reformversprechen Aktion hin. Beide Seiten standen unter dem beherzenden Eindruck, dass ein anderes Handeln unabsehbare Gefahren für den Euro und die EU insgesamt haben würde. Mit anderen Worten: Interessen der EU wegen für sie schwerer als nationale Interessen der Mitgliedstaaten.

Auf etwas andere Weise, aber nicht weniger einflussreich, erweist sich die Wirkungsmacht EU-Eurogas nach dem Brexit-Schock. Wie die meisten hatte ich eine Mehrheit für einen Austritt der Briten aus der EU für ausgeschlossen gehalten – zu offenkundig waren die desaströsen Risiken für Großbritannien, vor allem für das Finanzzentrum London.

Doch heute wissen wir mit welchem Ausmaß an Fake News und systematischer Meinungsmanipulation in den sozialen Medien das knappe Ja zum Austritt erreicht wurde. In einem seit Jahren verhetzten Klima

beim Thema EU belien die zum Teil grotesk übertriebenen Behauptungen über die Nachteile des gemeinsamen Marktes und die Vorteile des Brexits bei vielen Briten auf fruchtbaren Boden.

Das Oxford Internet Institute schätzt, dass innerhalb eines Drittels das Twitter-Aufkommen zum EU-Referendum von Bols generiert wurden, also von künstlichen Twitter-Accounts zur Manipulation von Meinungen und Stimmungen im Netz – ein beunruhigendes Indiz für die Gefahren, die in einer wenig informierten Öffentlichkeit von unserer schönen neuen Datenwelt ausgehen. Und in einem bis dato unbekanntem Ausmaß haben Algorithmen und möglicherweise sogar fremde Geheimdienste den zurückspendenden Präsidentenwahlkampf in den USA beeinflusst, ja möglicherweise entschieden.

Doch die EU ist unter dem Druck von Euro-Krise, Flüchtlingsskrise, Brexit und Trumps America-first-Politik nicht auseinandergebrochen. Ganz im Gegenteil wachsen ihr neue Kräfte zu, wie der Ausgang der Wahlen in den Niederlanden oder Frankreich belegen. Man kann sogar von



Deutsch-französische Achse
Frankreichs Premier Emmanuel Macron (links) und SPD-Chef Martin Schulz zu einer Großen Koalition

einer Renaissance des Europa-Gedankens sprechen, von einer Immunisierung gegen Neonationalismen.

Ich habe bereits im November 2015 im FOCUS die Prognose gewagt, dass die EU aus der Bewährungsprobe der Flüchtlingsskrise gestärkt hervorgehen werde (FOCUS 46/2015). Und so kam es: Als Folge wurden der Grenzschutzagentur Frontex erweiterte Kompetenzen zugesprochen, die Vertiefung der EU wieder ein Stück vorangetrieben. Aus strukturellen und prozessualen Gründen ist nach meiner Überzeugung der Zusammenhalt EU-Eurogas spätstens mit dem Vertrag von Lissabon 2009 unaufheblich geworden. Seither sind die Mitgliedstaaten wirtschaftlich und politisch so eng verflochten, dass ein Austritt nur noch de jure, aber nicht mehr de facto möglich ist.

Ich habe mich bereits vor einem Jahr in einem Interview festgelegt, dass es nicht zu einem Brexit kommen wird. Denn am Ende (März 2019) wird in London niemand die Verantwortung für die immensen Schäden übernehmen wollen; davon bin ich heute mehr denn je überzeugt. Spätestens im Herbst nächsten Jahres werden die Briten vor der Entscheidung

stehen: ausscheiden aus der EU ohne jede vertragliche Absicherung oder Exit vom Brexit. Dafür braucht formal nur der Antrag auf Austritt im November 2015 im FOCUS die Prognose gewagt, dass die EU aus der Bewährungsprobe der Flüchtlingsskrise gestärkt hervorgehen werde (FOCUS 46/2015). Und so kam es: Als Folge wurden der Grenzschutzagentur Frontex erweiterte Kompetenzen zugesprochen, die Vertiefung der EU wieder ein Stück vorangetrieben. Aus strukturellen und prozessualen Gründen ist nach meiner Überzeugung der Zusammenhalt EU-Eurogas spätstens mit dem Vertrag von Lissabon 2009 unaufheblich geworden. Seither sind die Mitgliedstaaten wirtschaftlich und politisch so eng verflochten, dass ein Austritt nur noch de jure, aber nicht mehr de facto möglich ist.

Ich habe mich bereits vor einem Jahr in einem Interview festgelegt, dass es nicht zu einem Brexit kommen wird. Denn am Ende (März 2019) wird in London niemand die Verantwortung für die immensen Schäden übernehmen wollen; davon bin ich heute mehr denn je überzeugt. Spätestens im Herbst nächsten Jahres werden die Briten vor der Entscheidung

Grund dafür, dass es weder zu Neuwahlen noch zu einer Minderheitsregierung, sondern zur Fortsetzung der Großen Koalition kommen wird. Die SPD-Vorsitzende und überzeugte Europäer Martin Schulz machte jetzt öffentlich, wie groß der Druck aus den anderen EU-Mitgliedstaaten ist, in Berlin eine stabile Regierung zu bilden – allen voran Präsident Macron und Ministerpräsident Tsipras. Und der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn befand kurz und bündig, Deutschland könne sich eine „Regierungsinstabilität“ nicht leisten. Denn „Seine Rolle in der Welt und in Europa verbietet das.“ Eine starke deutsche Regierung sei unerlässlich für Europas Position in der Welt.

Deutschland braucht. Die Brexit-Verhandlungen habe ich schon erwähnt. Nicht minder bedeutend ist die anstehende Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion zum Beispiel durch die Schaffung eines Europäischen Währungsfonds (EWF). Weitreichende Ideen wie die Berufung eines EU-Finanzministers oder die Schaffung eines Budgets für die Euro-Zone liegen auf dem Tisch. Präsident Macron weiß, dass er dafür Berlin braucht. Aber er hat nicht ewig Zeit, wenn das proeuropäische Momentum, das seine Wahl ausgelöst hat, nicht verloren gehen soll.

Aus all dem folgt: Es gibt eine europäische Staatsräson, die zunehmend die der Mitgliedstaaten überlagert und abbläst. Das ist die Folge aus dem Lissabon-Vertrag von 2009, mit dem die Mitgliedstaaten einen großen Teil ihrer Souveränität den Institutionen der EU übertragen haben. Wir erleben seitdem das Entstehen der Vereinigten Staaten von Europa. Die so United States of Europe (USE) sind heute schon eine wirkungsmächtige Realität auch ohne Verfassung. Eine allemgegenwärtige Entwicklung, wozu man bedenkt, wie lange die Schaffung der USA gedauert hat.

EUROPEAN RAISON D'ÉTAT DEMANDS A GRAND COALITION

The fact that the EU simply cannot afford a weak Germany is the decisive reason for continuing the CDU-SPD government.

FIRST PUBLISHED IN THE GERMAN WEEKLY MAGAZINE "FOCUS" (9 December 2017)

What do Grexit, Brexit and fresh elections in Germany have in common? They were or are on everybody's lips, but they will not be implemented. The explanation is the same for all three: the complex negative fallout would exceed the expected benefit, and, what is more, would be impossible to manage. In such complex situations, the logic of substance subordinates itself to the logic of process.

The key argument against Grexit, Brexit and fresh elections is the need to maintain stability in the European Union. Since the Lisbon Treaty came into effect, it has forced member states to refrain from risky ventures, as the Hellenic crisis has demonstrated in such remarkable fashion.

In summer 2015, a large majority of Greeks voted in a referendum to reject the rescue package of the so-called troika, thus following the recommendation of Prime Minister Tsipras's government. Only a few days later, pressured by consultations within the euro group, the same Tsipras announced a new bailout programme, which largely corresponded to the one his people had just rejected.

Ironically, it was the left-wing Greek Premier Alexis Tsipras who disregarded the will of the people. In return, the creditors accepted the breach of many of Greece's reform promises. Both sides were under the overwhelming impression that any action to the contrary would have incalculable risks for the euro and the EU as a whole. In other words: for them, the interests of the EU outweighed the national interests of the member states.

In a slightly different, but no less impressive way, we are now witnessing the EU's power to wield influence following the Brexit shock. Like most people, I hadn't even considered the possibility that the majority of Brits would vote to leave the EU – too obvious were the disastrous risks for the UK, especially the London financial centre.

But today we know the extent to which fake news and the systematic manipulation of people's opinions and the general mood through social media are to blame for the narrow vote in favour of leaving. In an EU debate dogged by acrimony for many years, the sometimes grotesquely exaggerated claims about the disadvantages of the Single Market and the advantages of Brexit fell on fertile ground among many Britons.

The Oxford Internet Institute estimates that as much as a third of the Twitter traffic relating to the EU referendum was generated by bots, i.e. artificial Twitter accounts created to manipulate opinions and sentiment on the net – a disconcerting sign of the dangers emanating from a brave new world of data, threatening an ill-informed public. And to a hitherto unheard-of extent, algorithms and possibly foreign intelligence services influenced – and perhaps even decided – the most recent election campaign in the USA.

But despite the pressures of the euro crisis, refugee crisis, Brexit and Trump's America first policies, the EU has not disintegrated. On the contrary, it is gaining strength, as the outcomes of the elections in the Netherlands and France have demonstrated. You could even call it a renaissance of the European idea, an immunisation against neo-nationalist movements.

Back in November 2015, I stuck my neck out in FOCUS by forecasting that the EU would emerge stronger from the testing times of the refugee crisis (Focus 46/2015). And this is exactly how it turned out: as a result, Frontex, the EU's border agency, was given greater powers and the deepening of the EU advanced a little further. It is my firm belief that, for structural and process-related reasons, the cohesion of the European Union has become irreversible – at the latest since 2009 with the Treaty of Lisbon. Since then, the member states have become so closely interwoven, both economically and politically, that an exit is only possible de jure, but no longer de facto.

I committed myself already a year ago by saying in an interview that Brexit was not going to happen. Because ultimately (in March 2019), nobody in London will want to take responsibility for the immense damage this would cause; and today I am convinced of it more than ever. In the autumn of next year

at the latest, Britons will face the dilemma: leave the EU without any contractual guarantees, or exit from Brexit. London can do so simply by formally withdrawing the request to leave. The economy will want to know by no later than next spring how Brexit is going. But the clearly overwhelmed UK government won't have any straight answers, and this will trigger an exodus of companies from the country. For me it's a no-brainer: the UK will remain on board.

Very topical, too, is the impact of advanced European integration we are seeing here in Germany. Just before the collapse of the Jamaica coalition negotiations, Federal President Frank-Walter Steinmeier warned all parties as a precaution that he would not support fresh elections as a way out of the crisis in forming a government. As former Head of the Federal Chancellery and Minister of Foreign Affairs, he knows full well that a protracted election campaign in Germany would have disastrous consequences for the European Union in the first half of 2018.

There is no doubt in my mind that this is the decisive reason that there will be neither fresh elections nor a minority government, but that the grand coalition will continue. The SPD leader and committed European Martin Schulz has now admitted publicly how great the pressure is from other EU member states – notably President Macron and Prime Minister Tsipras – to form a stable government in Berlin. And Luxembourg's foreign minister Jean Asselborn put it in a nutshell by saying that Germany is the last country that can afford an "unstable government": "It's just not compatible with its role in the world and in Europe." A strong German government was essential for Europe's position in the world.

It would have been unthinkable 20 years ago that Luxembourg would heap such praise on a strong Germany. But in the capitals of our neighbours, the European dimension of German domestic politics has long since been recognised. This is because important decisions will have to be taken in the EU next year, and a powerful, predictable Germany is necessary to see them through. I have already mentioned the Brexit negotiations. No less significant is the forthcoming strengthening of the economic and monetary union through the creation of a European Monetary Fund (EMF). Far-reaching ideas have been mooted, such as the appointment of an EU finance minister or the creation of a eurozone budget. President Macron knows that he needs Berlin to make this work. But he cannot wait forever, or else he may lose the pro-European momentum his election has triggered.

The consequence of all of this is that there is a European *raison d'état* that is gradually overlaying and replacing the national interests of the member states. This is the result of the Lisbon Treaty of 2009, on the basis of which the member states have assigned a large portion of their sovereignty to the institutions of the EU. We have since then been experiencing the emergence of a United States of Europe (USE). This USE is already a powerful reality today, even without a constitution. A staggering development, considering how long it took to create the USA.